

## Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Borken

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 12.11.2008  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:30 Uhr  
**Raum, Ort:** Großer Sitzungssaal des Rathauses

### Anwesend sind:

#### **Vorsitzende/r:**

Lührmann, Rolf Bürgermeister Bürgermeister

#### **CDU:**

Börger, Hubert Stadtverordneter

Dost, Ursula Stadtverordnete

Dünthe, Franz-Wilhelm Stadtverordneter

Finke, Alfons Stadtverordneter

Flinks, Hans-Peter Stadtverordneter

Haagen, Werner Stadtverordneter

Honerbom, Susanne Stadtverordnete

Jägering, Dr. Stefan Stadtverordneter

bis 21.00 Uhr

Kipp, Werner Stadtverordneter

König, Antonius Stadtverordneter

Kranenburg, Inge Stadtverordnete

Ossing, Alois Stadtverordneter

Ottich, Stephanie Stadtverordnete

Queckenstedt, Klaus Stadtverordneter

Rottbeck, Britta Stadtverordnete

Stork, Günter Stadtverordneter

Wesseling-Effing, Heinrich Stadtverordneter

#### **SPD:**

Bonin, Hans Stadtverordneter

Bunse, Klaus Stadtverordneter

Eggern, Dieter Stadtverordneter

Haupt, Ulrike Stadtverordnete

Hellenkamp, Kurt Stadtverordneter

Kindermann, Evegret Stadtverordnete

bis 19.30 Uhr

Lüdke-Bender, Brigitta Stadtverordnete

Rytz, Eva Stadtverordnete

#### **UWG:**

Ciethier, Klaus Stadtverordneter

bis 18.50 Uhr

Daum, Heinz Stadtverordneter

bis 21.20 Uhr

Ebbing, Brigitte Stadtverordnete

Klemm-Terfort, Uwe Stadtverordneter

Spangemacher, Christoph Stadtverordneter

#### **Bündnis 90/Die Grünen:**

Gliem, Helga Stadtverordnete

Martsch, Paul-Jonas Stadtverordneter

#### **FDP:**

Dirks, Günther Stadtverordneter

Kipp, Josef Stadtverordneter

#### **Fraktionsloses Mitglied:**

Ebbing, Marie-Luise Stadtverordnete

#### **Gäste:**

Bleker, Werner

Lenartz, Johannes

Richter, Frank

#### **Ortsvorsteher/in:**

Butenweg, Ferdinand

Fasselt, Aloys

Weddeling, Josef

Zurhausen, Ursula

#### **Verwaltungsmitarbeiter/in:**

Fillbrunn, Frank Erster Beigeordneter

Höving, Norbert Techn. Beigeordneter

Feldkamp, Georg Fachbereichsleiter

Gottlob, Ralf Fachbereichsleiter

Belke, Andreas Techn. Prüfer

Schlüter, Franz

Tenostendarp, Petra

Kemper, Bernd Pressesprecher

**Schriftführer/in:**

Bieber, Margarete

**Es fehlen entschuldigt:**

**CDU:**

Olthoff, Klaus Stadtverordneter

Tubes, Josef Stadtverordneter

**Bündnis 90/Die Grünen:**

Martsch, Christina Stadtverordnete

**Abgewickelte Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Einbringung der Haushaltssatzung für das Jahr 2009
- 3 Baumaßnahme Sozialkulturelles Zentrum Borken;  
hier: - Sonderprüfung Kostenentwicklung  
- Mittelbereitstellung  
Vorlage: V 2008/229
- 3.1 Gebäudekostenentwicklung Sozialkulturelles Zentrum  
Vorlage: V 2008/230
- 3.2 Sozialkulturelles Zentrum Borken (Umbau der ehemaligen Josefskirche)  
- Mittelbereitstellung  
Vorlage: T 2008/019
- 4 Änderung in der Besetzung des Umwelt- und Planungsausschusses und  
des Ausschusses für Jugend und Familie  
Vorlage: V 2008/226
- 5 Bestellung von Herrn Ersten Beigeordneten Frank Fillbrunn in  
verschiedene Gremien  
- Gremien der Stadtwerke Borken/Westf. GmbH  
- Mitgliedschaften der Stadt Borken

Vorlage: V 2008/216

- 6 Veräußerung der Gesellschaftsanteile der Regionalverkehr Münsterland GmbH an den Kreis Borken  
Vorlage: V 2008/218
- 7 Flächennutzungsplan, 25. Änderung, Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss  
Vorlage: V 2008/197
- 8 Bebauungsplan BU 10a (Dunkerstraße/ Leitungsstiege), Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: V 2008/206
- 9 Straßenbenennung im Bebauungsplangebiet BO 48 (Wohnen am Park)  
Vorlage: V 2008/157
- 10 Straßenbenennung eines unbenannten Wirtschaftsweges in Westenborken  
Vorlage: V 2008/168
- 11 Straßenbenennung eines unbenannten Wirtschaftsweges in Rhedebrügge  
Vorlage: V 2008/169
- 12 Neufassung der Grundstücksentwässerungssatzung  
Vorlage: V 2008/201
- 13 Resolution Erdverkabelung  
- Schreiben der Interessengemeinschaft hochspannungsfreies Wohnumfeld Borken vom 07.11.08
- 14 Mitteilungen und Anfragen

## **Öffentlicher Teil**

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

---

**Bürgermeister Lühmann** eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er teilt mit, dass die Interessengemeinschaft hochspannungsfreies Wohnumfeld Borken mit Schreiben vom 07.11.08 darum gebeten habe, die den Ratsmitgliedern vorliegende Resolution in die heutige Tagesordnung aufzunehmen und zu verabschieden.

**Stv. Gliem** spricht sich dafür aus, die Angelegenheit heute zur Beratung zu stellen. Es wird einstimmig beschlossen, die Angelegenheit unter TOP 13 auf die Tagesordnung zu nehmen.

**Bürgermeister Lühmann** informiert weiter über folgende Anträge der Fraktionen:

### **Antrag der SPD-Fraktion vom 02.10.08**

„Im Zuständigkeitsbereich von Herrn Dr. Fasse wir eine zusätzliche Stelle im Stellenplan der Stadt Borken ausgewiesen.“

**Bürgermeister Lührmann** führt aus, dass die Angelegenheit bereits im letzten Ausschuss für Kultur, Schule, Soziales und Sport angesprochen und mitgeteilt wurde, dass im Rahmen des Stellenplanes 2009 darüber beraten werde.

Zum vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zum Thema „Lehrschwimmbecken“ weist er darauf hin, dass die Angelegenheit „Zentrale Einrichtungen“ auf der Tagesordnung der nächsten UPA-Sitzung stehe.

Auf Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.08 werde eine Sondersitzung des Rechnungsprüfungsausschusses einberufen.

**(Anmerkung der Verwaltung: Termin 11.12.08).**

**Stv. Flinks** beantragt, den TOP 14 im nicht öffentlichen Teil um die personelle Diskussion zu erweitern.

---

## **zu 2 Einbringung der Haushaltssatzung für das Jahr 2009**

**Bürgermeister Lührmann** und **Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Fillbrunn** halten ihre Reden zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2009.

*Die Reden sind der Niederschrift als Anlagen beigefügt.*

**Stv. Flinks** ist der Meinung, dass die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements doch erhebliche Änderungen für den Haushalt 2009 mit sich bringe und beantragt, den Haushalt erst in der ersten Ratssitzung im neuen Jahr zu verabschieden. Es gebe ausführlichen Beratungsbedarf, für den ausreichend Zeit zur Verfügung stehen müsse.

Beschlüsse über eventuelle Gebührenerhöhungen könnten vorab gefasst werden.

**Stv. Bunse** gibt zu bedenken, dass eine Verabschiedung im neuen Jahr evtl. nicht nötig sei, da die Eröffnungsbilanz erst im nächsten Jahr erstellt werde.

**Stv. Klemm-Terfort** ist ebenfalls für eine Verabschiedung in der ersten Ratssitzung im neuen Jahr. Eine endgültige Entscheidung darüber könne in der nächsten Hauptausschuss-Sitzung getroffen werden.

---

## **zu 3 Baumaßnahme Sozialkulturelles Zentrum Borken; hier: - Sonderprüfung Kostenentwicklung - Mittelbereitstellung Vorlage: V 2008/229**

**Bürgermeister Lührmann** bittet Herrn Krümpel, das Ergebnis der Sonderprüfung zu erläutern.

**Herr Krümpel** führt aus, dass der Bürgermeister in Bezug auf den Umbau der Josefskirche dem Rechnungsprüfungsamt einen Prüfauftrag erteilt habe. Gegenstand der Prüfung sollten im Wesentlichen drei Fragen sein, auf die sich die Prüfer konzentriert hätten. Die Antworten seien in der Zusammenfassung im Prüfbericht (Seite 13-15) dargestellt worden.

**Stv. Bunse** führt aus, dass eine Diskussion über den Prüfbericht und die Kosten in öffentlicher Sitzung erfolgen könne, über Vergaben und Personalien jedoch im nicht öffentlichen Teil gesprochen werden müsse.

Zu den Ausführungen des Architekten Schiermann merkt er an, dass dieser keine gänzlich andere Betrachtungsweise habe und seine neueren Ausführungen zu den Kosten deckungsgleich seien.

**Bürgermeister Lührmann** weist darauf hin, dass dies nicht immer der Fall gewesen sei.

**Stv. Klemm-Terfort** spricht die Aussage von Stv. Bunse nach einer gewissen Mitverantwortung des Rates an. Das sehe er genauso. Allerdings müsse man sich fragen, wie weit diese Mitverantwortung gehe. Die Kostenschätzung in Höhe von 2,6 Mio. EUR plus 30% Sicherheitszuschlag seien OK, das müsse mitgetragen werden. Bei der Fülle von Vorlagen sei es jedoch schwierig, das Thema weiter aufzuarbeiten. Eine generelle Mitschuld weise er zurück. Die weitere Vorgehensweise müsse detaillierter besprochen werden.

**Stv. Dost** erklärt, dass sie die Stimmung in ihrer Fraktion mitteilen und auf mangelnde Moral, Verantwortung und Sorgfaltspflicht hinweisen müsse. Bei dem Finanzdebakel gebe es offensichtlich nur zwei Erklärungen. Entweder handele es sich hier um totalen Dilettantismus oder bewusste Irreführung des Rates durch die Verwaltung. Feststellen müsse man, dass die Fehler in der Führungsetage passiert seien, indem die Kontrollpflichten nicht wahrgenommen würden. Die CDU-Fraktion erwarte, dass hierfür Verantwortung übernommen werde.

**Bürgermeister Lührmann** weist die Anschuldigungen zurück. Der Vorwurf der Irreführung sei absurd. Dass der neue Fachbereichsleiter für die Gebäudewirtschaft kein Architekt sei, sei richtig. Seinerzeit sei intensiv über die Frage der Qualifikation diskutiert worden. Die Entscheidung darüber wurde in Übereinstimmung mit der Politik getroffen. Inzwischen wisse man, dass der Fehler bei der damaligen Kostenschätzung liege.

**Stv. Bunse** führt aus, dass die Äußerungen von Frau Dost strotzten vor Selbstgerechtigkeit und Wahlkampfaktik.

Festzustellen sei doch, dass der Umbau nicht preiswerter hätte gestaltet werden können. Jeder Euro sei verbaut worden. Leider habe man die enorme Kostenüberschreitung zu spät festgestellt. Den Vorwurf, sich zu spät sachkundig gemacht zu haben, müsse man sich gefallen lassen.

**Herr Höving** erläutert ausführlich anhand der umfangreichen Vorlage die Gründe für die negative Kostenentwicklung. Den Hauptgrund sehe er in der fehlenden Baukostenfortschreibung. Dieser Fehler sei unbewusst gemacht worden. Wichtig sei, dass im Bereich Projektmanagement/Baucontrolling eine personelle Aufstockung erfolge. Ein Architekt sei bereits eingestellt worden, es müsse aber geprüft werden, ob das ausreichend sei.

**Stv. Haupt** – als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses - empört sich darüber, dass der Prüfbericht über die Sonderprüfung durch die Verwaltung bereits vor der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses als Tagesordnungspunkt für die Ratssitzung öffentlich gemacht worden sei. Sie habe in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses deutlich gemacht, dass sie mit einem solchen Verfahren keinesfalls einverstanden gewesen sei und erwartet habe, dass der Bürgermeister sie in diesem besonderen Fall als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses an der Entscheidung beteiligen werde. Sie verweist in

diesem Zusammenhang auf die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Borken.

**Bürgermeister Lührmann** widerspricht den Ausführungen von Stv. Haupt. Seine Entscheidung sei zu Recht getroffen worden. Er verweist auf die Kommentierung von Kleebaum, wonach Angelegenheiten der Rechnungsprüfung zwar grundsätzlich nicht öffentlich seien. Eine Ausnahme stelle jedoch der Auftrag zur Sonderprüfung dar. Hier habe er als Auftraggeber entscheiden können.

**Stv. Gliem** bekräftigt ihre bereits im Rechnungsprüfungsausschuss getroffenen Aussagen. Das Geld werde benötigt, um das Gebäude fertig stellen zu können. Das Jugendhaus werde gebraucht. Natürlich sei die heutige Situation nicht gewollt gewesen. Aber Fehler seien von allen gemacht worden. Davon könne sich keiner freisprechen. Offensichtlich sei man mit einem derartigen Projekt überfordert gewesen.

**Stv. Dirks** führt aus, dass die überplanmäßigen Mittel bereitgestellt werden müssten, um das Projekt zu Ende führen zu können. Im Übrigen stimme er aber dem Vorwurf von Frau Dost in Bezug auf wirtschaftliches Fehlverhalten der Verwaltung zu. Seine Fraktion erwarte umfassende Ursachenforschung und Aufklärung der Kostenentwicklung. Die Verantwortlichen müssten aus diesem Fall lernen und gemeinsam Wege suchen, um derartige Fehler in Zukunft zu vermeiden. Er schlägt eine Neustrukturierung der Zuständigkeiten in der Verwaltung vor.

**Stv. Rottbeck** erklärt, dass eine Überforderung durch das Projekt frühzeitig hätte mitgeteilt werden müssen. Eine Kostenschätzung für den Umbau sei kein Fundament gewesen, vielmehr hätte eine genaue Kostenberechnung erfolgen müssen. Hier liege ein Systemfehler vor. Defizite hätten erkannt werden müssen.

Nach Aussage von **Bürgermeister Lührmann** seien Fehler gemacht worden. Zur Personalausstattung des FB 65 erklärt er, man sei vor einigen Jahren davon ausgegangen, zukünftig nicht mehr so viele Baumaßnahmen schultern zu müssen. Nun habe sich die Situation aber drastisch verändert. Angesichts der Vielzahl von Baumaßnahmen, die nun in Angriff genommen werden müssten, sei eine personelle Verstärkung erforderlich geworden.

**Stv. Flinks** erklärt, dass der Rat verpflichtet sei, derartige Baumaßnahmen zu kontrollieren. Leider sei versäumt worden, sich intensiver über die Kostenüberschreitungen zu informieren. Er erwarte, dass es zukünftig ein geeignetes Baukostencontrolling gebe, das für alle nachvollziehbar und prüfbar sei.

**Bürgermeister Lührmann** schließt sich den Ausführungen von Stv. Flinks an, warnt aber vor Überreaktionen. Diese könnten sehr schnell zu personellem Mehraufwand führen. Da müsse die Frage gestellt werden, ob das gewollt sei.

**Stv. B. Ebbing** weist die Kritik am Rat zurück. Fehler seien gemacht worden. Wer dafür verantwortlich sei, müsse genau geprüft werden. Sie wolle aber in öffentlicher Sitzung nicht mehr darüber reden und verweist auf die durch Stv. Flinks beantragte Erweiterung des Tagesordnungspunktes um die personelle Diskussion im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

**Stv. Kindermann** zeigt sich bestürzt über die Diskussion. Der Rat habe sich seinerzeit verpflichtet gefühlt, die Josefskirche zu erhalten. Das sei vielleicht aus heutiger Sicht nicht richtig gewesen, aber alle seien diesen Weg mitgegangen. Das Objekt werde dem Wert entsprechend umgebaut. Man müsse sich klarmachen, dass ein Altbau renoviert

und umgebaut werde. Sie möchte die Diskussion beenden und schlägt vor, Mittel in Höhe von 230.000 EUR bereitzustellen.

**Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Fillbrunn** wiederholt den Appell aus seiner Haushaltsrede, bei zukünftigen Veränderungen den Mehrbedarf an Personal noch kritischer zu hinterfragen. Der Umbau der Josefskirche tue weh, jede Stelle mehr im Stellenplan werde aber auf Jahre weh tun. Er weist auch darauf hin, dass bei einer späteren Verabschiedung des Haushaltsplanes evtl. noch weitere Mittel, die den Betrag von 230.000 EUR übersteigen, bereitgestellt werden müssten.

**Stv. Ossing** fordert eine faire Diskussion auch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung ein. Der Vorwurf des Fehlverhaltens auch im Hinblick auf die Informationspolitik gehe an die Gesamtverwaltung.

**Stv. M.L. Ebbing** regt an, nicht so viele Bauprojekte auf einmal anzugehen, damit Zeit für eine korrekte Abarbeitung bleibe.

**Stv. Flinks** schlägt vor, dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses zuzustimmen und die 230.000 EUR bereitzustellen.

Er erwarte jedoch von der Verwaltung kurzfristig Vorschläge, wie sich eine zukünftige Projektsteuerung gestalten könne.

**Stv. Klemm-Terfort** beantragt, die Ziff. 2) des Beschlusses des Rechnungsprüfungsausschusses zu streichen.

**Bürgermeister Lührmann** macht den Vorschlag, den Text zu Ziff. 2) dahingehend zu ändern, dass der Rat davon ausgeht, dass die sich aus dem Prüfungsbericht ergebenden Mängel abgestellt werden (u.a. durch ein geeignetes Baukostencontrolling).

Einvernehmlich wird eine getrennte Abstimmung über den Beschlussvorschlag durchgeführt.

### **Beschluss:**

Der Rat nimmt die Antworten des Rechnungsprüfungsamtes zustimmend zur Kenntnis;

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmige Annahme**

Der Rat der Stadt Borken geht davon aus, dass sich die aus dem Bericht ergebenden Mängel abgestellt werden, z.B. durch ein geeignetes Baukostencontrolling.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Annahme bei 2 Stimmenthaltungen**

Der Rat der Stadt Borken beschließt, einen Betrag in Höhe von 230.000,00 EUR als Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2009 zum Umbau der Kirche St. Josef bereitzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmige Annahme**



**zu 3.1 Gebäudekostenentwicklung Sozialkulturelles Zentrum  
Vorlage: V 2008/230**

---

Siehe Ausführungen zu TOP 3

**zu 3.2 Sozialkulturelles Zentrum Borken (Umbau der ehemaligen Josefskirche)  
- Mittelbereitstellung  
Vorlage: T 2008/019**

---

Siehe Ausführungen zu TOP 3

**zu 4 Änderung in der Besetzung des Umwelt- und Planungsausschusses und  
des Ausschusses für Jugend und Familie  
Vorlage: V 2008/226**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Borken beschließt die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte Ausschussbesetzung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

**zu 5 Bestellung von Herrn Ersten Beigeordneten Frank Fillbrunn in  
verschiedene Gremien  
- Gremien der Stadtwerke Borken/Westf. GmbH  
- Mitgliedschaften der Stadt Borken  
Vorlage: V 2008/216**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Borken beschließt die in der Vorlage genannten Änderungen in der Besetzung der Gremien der Stadtwerke Borken/Westf. GmbH sowie die Änderungen in den Mitgliedschaften der weiteren Gremien bzw. nimmt diese zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

**zu 6 Veräußerung der Gesellschaftsanteile der Regionalverkehr Münsterland  
GmbH an den Kreis Borken  
Vorlage: V 2008/218**

---

**Beschluss:**

Die Stadt Borken veräußert an den Kreis Borken den Geschäftsanteil von 0,46 % an der Regionalverkehr Münsterland GmbH zum Nennwert von 35.790 Euro.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

zu 7 **Flächennutzungsplan, 25. Änderung, Ergebnis der öffentlichen  
Auslegung und Feststellungsbeschluss**  
Vorlage: V 2008/197

---

**Beschluss:**

**A. Beschlüsse zu Anregungen von Seiten der Behörden und sonstiger Träger  
öffentlicher Belange**

1. Die positive Stellungnahme der Bezirksregierung  
Münster, 48128 Münster, Schreiben vom 12.03.2008, Az.: 32(62.1-15), wird zur  
Kenntnis genommen.
2. Der Hinweis des Kreises Borken, 66.1 –  
Wasserwirtschaft (Fachbereich Natur und Umwelt), Burloer Straße 93, 46325  
Borken, Schreiben vom 13.03.2008, Az. 63 71 05, auf die aus  
wasserwirtschaftlicher Sicht zu konkretisierenden Angaben zur Entwässerung  
wird im Bebauungsplan berücksichtigt.
3. Der Hinweis des Kreises Borken, 66.1 –  
Wasserwirtschaft (Fachbereich Natur und Umwelt), Burloer Straße 93, 46325  
Borken, Schreiben vom 12.08.2008, Az. 63 71 05, zur grundsätzlichen  
Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt Borken wird zu Kenntnis genommen.
4. Dem Hinweis der Deutschen Telekom Netzproduktion  
GmbH, Postfach 10 07 09, 44782 Bochum, Schreiben vom 21.02.2008, Az. Rhn  
014/08 + 017/08 PTI 11 PB L2 Gerd Fahrland, zur rechtzeitigen Mitteilung zum  
Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen wird zu gegebener Zeit gefolgt.
5. Die Hinweise der RWW Postfach 10 16 63, 45466  
Mülheim an der Ruhr, Schreiben vom 27.02. bzw. 29.02.2008, Az. RN08-181/Hs  
zum Umgang mit den vorhandenen und zukünftigen Versorgungsleitungen  
werden zur Kenntnis genommen und zu gegebener Zeit beachtet.

**B. Beschlüsse zum weiteren Verfahren**

Die Begründung vom 24.09.2008 - Begründung gemäß § 5 Absatz 5 BauGB – wird be-  
schlossen.

Die 25. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gemäß § 2 Absatz 1  
BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S.  
2414), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für  
die Innenentwicklung der Städte vom 21. Dezember 2006 (BGBl. Jahrgang 2006 Teil I  
Nr. 64, ausgegeben zu Bonn am 27. Dezember 2006) festgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

**zu 8      Bebauungsplan BU 10a (Dunkerstraße/ Leitungsstiege), Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: V 2008/206**

---

**Beschluss:**

**A:      Beschlüsse zu Stellungnahmen von Seiten der Öffentlichkeit**

1. Der Bitte um Beachtung der Ausführungen zu den Gewerbe- und Verkehrsimmissionen in der Stellungnahme von N.N., Schreiben vom 16.08.2008, wird gefolgt. Das Gewerbe- und Industriegebiet wird gemäß Abstandserlass NRW gegliedert und die zu erwartenden Gewerbeverkehrsbelastungen können ebenfalls als verträglich eingestuft werden.

**B:      Beschlüsse zu Stellungnahmen von Seiten der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange**

1. Die Hinweise des Kreises Borken, 32 – Fachbereich Sicherheit und Ordnung, Burloer Straße 93, 46325 Borken, Schreiben vom 13.03.2008 und 12.08.2008, Az. 63 72 05, zu erforderlichen Löschwasserversorgung werden zur Kenntnis genommen und zu gegebener Zeit beachtet.
2. Der Anregung des Kreises Borken, 66.3 - Anlagenbezogener Immissionsschutz (Fachbereich Bauen und Wohnen), Burloer Straße 93, 46325 Borken, Schreiben vom 13.03.2008, Az. 63 72 05, zur Ergänzung der textlichen Festsetzungen um den Passus „Betriebsarten mit vergleichbarem Emissionsverhalten“ wird gefolgt.
3. Die Anregung des Kreises Borken, 66.1 – Wasserwirtschaft (Fachbereich Natur und Umwelt) Burloer Straße 93, 46325 Borken, Schreiben vom 13.03.2008, Az. 63 72 05, die festgesetzten Anpflanzungsflächen entlang der vorhandenen Gewässer in öffentlichem Besitz zu belassen wird nicht gefolgt, da durch die vorhandene Festsetzung bereits eine ausreichende Sicherstellung dieser Flächen gegeben ist. Der Anregung, die erforderlichen wasserrechtlichen Nachweise und Genehmigungen vorzulegen bzw. einzuholen, wird zu gegebener Zeit gefolgt.
4. Der Hinweis des Kreises Borken, 66.1 – Wasserwirtschaft (Fachbereich Natur und Umwelt) Burloer Straße 93, 46325 Borken, Schreiben vom 12.08.2008, Az.: 63 72 05, zur Übermittlung des Abwägungsergebnisses unmittelbar nach Satzungsbeschluss wird zu gegebener Zeit gefolgt.
5. Die Hinweise des Kreises Borken, 66.1 – Wasserwirtschaft (Fachbereich Natur und Umwelt) Burloer Straße 93, 46325 Borken Schreiben vom 12.08.2008, Az. 63 72 05, zur rechtzeitigen Einholung von wasserrechtlichen Genehmigungen vor der Erschließungsplanung werden zu gegebener Zeit beachtet.
6. Der Hinweise des Kreises Borken, 81 – Betrieb für Straßen, Gebäudewirtschaft und Grünflächen, Burloer Straße 93, Schreiben vom 12.08.2008, Az. 63 72 05, zur vorbehaltlichen Forderung einer Linksabbiegespur für die Zufahrt an der Leitungsstiege wird zur Kenntnis genommen und zu gegebener Zeit beachtet.

7. Der Anregung der Stadtwerke Borken/Westf. GmbH, Ostlandstraße 9, 46325 Borken, Schreiben vom 19.02.2008, Az. Ri. / Eit, zur Übernahme der gewünschten Trafostation wird gefolgt.
8. Der Stellungnahme der IHK Nord Westfalen, Postfach 16 54, 46366 Bocholt, Schreiben vom 28.02.2008, zur Gliederung der Betriebsarten im Gewerbegebiet nach dem Störgrad wird gefolgt, da durch die Festsetzung einer ausnahmsweisen Zulässigkeit von Betriebsarten der nächst höheren Emissionsklasse mit dem Zusatz „wenn sie in ihrem Emissionsverhalten denen der nächst niedrigeren Abstandsklasse entsprechen“, keine immissionsrechtlichen Konflikte zu erwarten sind. Da im Bebauungsplanentwurf bereits Regelungen zum ausnahmsweise zulässigen Einzelhandel aufgenommen worden sind, wird dieser Anregung nicht gefolgt.
9. Der Anregung der IHK Nord Westfalen, Postfach 16 54 Bocholt, Schreiben vom 21.08.2008, wird gefolgt. Die bereits im Bebauungsplanentwurf vorhandenen Regelungen zu den ausnahmsweise zulässigen Einzelhandelsnutzungen werden insofern geändert, als dass der Begriff „sonstige Gewerbebetriebe“ vermieden wird.
10. Der Anregung des Regionalforstamtes Münsterland, Albrecht-Thaer-Straße 22, 44147 Münster, Schreiben vom 20.02.2008, Az. 25-05-27.02, die künftige Zufahrt von der Leitungsstiege in den Bereich der heutigen Ackerzufahrt zu verschieben wird gefolgt, allerdings mit dem Hinweis, dass der vorhandene derzeitige Ausbaustandart nicht der künftigen Zufahrt entspricht. Der Anregung zur Stellung eines Erstaufforstungsantrages wird zu gegebener Zeit gefolgt.
11. Der Anregung des Regionalforstamtes Münsterland, Albrecht-Thaer-Straße 22, 44147 Münster, Schreiben vom 25.07.2008, Az. 310-11-01.021 lfd. 1, zur Mitteilung der exakten Größe der Erstaufforstungsflächen wird zu gegebener Zeit beachtet.
12. Der Hinweis der Wehrbereichsverwaltung West, Postfach 30 10 54, 40410 Düsseldorf, Schreiben vom 19.02.2008, Az. 45 – 03 – 03, zur Mitteilung in dem Fall, dass Gebäude Bauhöhen von 20 Metern über Grund erreichen, wird zur gegebener Zeit im Rahmen folgender Bauantragsverfahren gefolgt.
13. Der Hinweis der Wehrbereichsverwaltung West, Postfach 30 10 54, 40410 Düsseldorf, Schreiben vom 18.07.2008, Az. 45 – 03 – 03, zur Einzelfallabstimmung in dem Fall, dass Gebäude Bauhöhen von 20 Metern über Grund erreichen, wird zur gegebener Zeit im Rahmen folgender Bauantragsverfahren gefolgt.
14. Der Hinweis der Deutschen Telekom Netzproduktion GmbH, Postfach 10 07 09, 44782 Bochum, Schreiben vom 21.02.2008, Az.: Rhn 014/08 + 017/08 PTI 11 PB L2 Gerd Fahrland und Schreiben vom 19.08.2008, Az. Rhn 088/08 PTI 11, zur schriftlichen Anzeige des mindestens 3 Monate vor Baubeginn, wird zur gegebener Zeit gefolgt.
15. Da die in den Schreiben vom 27.02.2008 und im Schreiben vom 22.07.2008 Az. RN08-173/HS und RN08 – 173(2)/Lü, angesprochenen Leitungen der RWW, Postfach 10 16 63, 45466 Mülheim an der Ruhr, außerhalb des eigentlichen Plangebietes liegen, werden die Hinweise zum Umgang mit vorhande-

nen Leitungen lediglich zur Kenntnis genommen.

**C: Beschlüsse zum weiteren Verfahren**

Die Begründung zum Bebauungsplan BU 10a (Dunkerstraße/ Leitungsstiege), Begründung gemäß 9 Abs. 8 BauGB vom 08.10.2008, wird beschlossen.

Der Bebauungsplan BU 10a (Dunkerstraße/ Leitungsstiege) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte vom 21. Dezember 2006 (BGBl. Jahrgang 2006 Teil I Nr. 64, ausgegeben zu Bonn am 27. Dezember 2006), als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

**zu 9 Straßenbenennung im Bebauungsplangebiet BO 48 (Wohnen am Park)  
Vorlage: V 2008/157**

---

**Stv. Bunse** schlägt für seine Fraktion vor, die Straße nach dem Gründer der Firma Bierbaum, Josef Bierbaum, zu benennen und die Straßenbezeichnung „Propst Pricking“ für eine andere Straße vorzusehen.

**Stv. Börger** meint, dass in diesem Bebauungsplangebiet eine zweite Straße zu benennen sei, die dann den Namen „Propst Pricking“ tragen könne.

**Beschlussvorschlag:**

Die neue Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplangebietes BO 48 (Wohnen am Park) erhält die Straßenbezeichnung „Propst-Pricking-Straße“.

**Abstimmungsergebnis:**

Annahme bei 6 Gegenstimmen

**zu 10 Straßenbenennung eines unbenannten Wirtschaftsweges in Westenborken  
Vorlage: V 2008/168**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Borken beschließt, den bisher unbenannten Wirtschaftsweg zwischen den Straßen „Zum Loo“ und der „Aechterhookstraße“ im Bereich der Überführung der B 67n im Stadtteil Borken-Westenborken mit dem Straßennamen „Alter Schulweg“ zu benennen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

**zu 11 Straßenbenennung eines unbenannten Wirtschaftsweges in  
Rhedebrügge  
Vorlage: V 2008/169**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Borken beschließt, den bisher unbenannten Wirtschaftsweg südlich, bzw. östlich der Rhedebrügger Straße im Stadtteil Rhedebrügge „Steenbekke“ zu benennen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

**zu 12 Neufassung der Grundstücksentwässerungssatzung  
Vorlage: V 2008/201**

---

**Beschluss:**

Dem Rat der Stadt Borken wird empfohlen, die Satzung der Stadt Borken über die Abwasserentsorgung und Überwachung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Synopse – linke Spalte) zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

**zu 13 Resolution Erdverkabelung  
- Schreiben der Interessengemeinschaft hochspannungsfreies  
Wohnumfeld Borken vom 07.11.08**

---

**Bürgermeister Lührmann** informiert darüber, dass die Interessengemeinschaft hochspannungsfreies Wohnumfeld Borken darum gebeten habe, den nachstehenden Resolutionstext auf die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung zu nehmen und zu verabschieden.

**„Resolution**

**1. Der Bürgermeister und der Rat der Stadt Borken stimmen für eine  
Erdverkabelung der geplanten 380 kV-Stromtrasse Wesel - Diele.**

Erdverkabelungen haben gegenüber Freileitungen entscheidende Vorteile. Diese sind u.a. geringerer Flächen- und Materialverbrauch, keine Beeinträchtigung von Wohnumfeld, Naherholung und Tourismus durch Riesenmasten und Leitungsgeräusche, erhebliche Energieeinsparungen aufgrund geringer Transportverluste (Hochspannungsleitungen ca. 15%, Erdkabel ca. 3%), kein Elektromog und deutlich verminderte elektromagnetische Wechselfelder sowie die geringere Störanfälligkeit im Hinblick auf Klimaveränderungen und damit mehr Schutz vor Unfällen (siehe "Kyrill" im Jahr 2005). Rechnet man alle Kosten wie Materialkosten, Verlegekosten, Betriebskosten, Übertragungsverluste, Flächenbedarf und Wertverluste zusammen, ist eine Erdverkabelung zudem nicht teurer als eine Freileitung.

**2. Der Bürgermeister und der Rat der Stadt Borken fordern auch, den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze ("Energieleitungsausbaugesetz") dahingehend zu verändern, dass**

1. analog zu den in Niedersachsen geltenden gesetzlichen Regelungen die Verpflichtung zur Erdverkabelung eingeführt wird, wenn die Trasse im Abstand von 400 Metern und weniger zu geschlossenen Wohnsiedlungen und 200 Meter und weniger zu Einzelhäusern verläuft.
2. zur Wahrung der Bürgerrechte und der Rechte der Städte und Gemeinden von einer Verkürzung des Rechtsweges auf das Bundesverwaltungsgericht als erste und letzte Instanz abgesehen wird.
3. der Einsatz von Erdkabeln als Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung (HGÜ) oder VPE auf kürzeren Strecken zum Schutz von Menschen, Landschaft und Umwelt vorrangig und verbindlich festgelegt wird.

**Wir verpflichten uns, die Resolution fraktionsübergreifend an die Kreis-, Landtags- und Bundestagsabgeordneten der Region sowie die Fraktionen in Kreis, Land und Bund weiterzuleiten.**

**Wir werden uns im Wissen um die Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen, um eine Erdverkabelung der Trasse zu erreichen“.**

**Bürgermeister Lührmann** erläutert, dass die Resolution sich in zwei Punkten wesentlich von dem im Frühjahr vom Rat gefassten Resolutionstext unterscheidet. Zum einen lehne man eine Hochspannungsleitung generell ab und zum anderen werde zur Wahrung der Bürgerrechte eine Verkürzung des Rechtsweges auf das Bundesverwaltungsgericht als erste und letzte Instanz abgelehnt. Er schlägt vor, die vom Rat der Stadt Borken seinerzeit gefasste Resolution noch einmal zu bekräftigen.

Nach kurzer Diskussion wird **einstimmig** der Text der bereits in der Sitzung vom 23.04.2008 gefassten Resolution noch einmal bestätigt.

## **zu 14      Mitteilungen und Anfragen**

---

Auf die Frage von **Stv. Flinks** nach dem Bürgerantrag von Frau Ursula Wigger vom 10.11.08 zum Thema „Parkplätze Josefschule“ antwortet **Bürgermeister Lührmann**, dass dieser im Umwelt- und Planungsausschuss behandelt werde.

**Sitzungspause von 20.00 bis 20.15 Uhr**

Lührmann  
Bürgermeister

Bieber  
Schriftführerin